

## **Ergebnisprotokoll der AGW-Frühjahrstagung Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen vom 28. bis 29. April 2011 in Lyon/Frankreich**

---

### **TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen – Lutz Basse**

Herr Basse begrüßt auch im Namen des Vorstandes die Teilnehmer der diesjährigen Frühjahrstagung der AGW in Lyon. Insbesondere begrüßt er die französischen Gastgeber, den Präsidenten des GdW, Axel Gedaschko, den ehemaligen GdW Präsidenten, Lutz Freitag, den Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg, Michael Sachs, den ehemaligen Geschäftsführer der Wohnbau Bonn, Reiner Klaus und den Leiter des GdW Büros in Brüssel, Dr. Özgür Öner.

Der Vorsitzende heißt auch Frau Frensch (HOWOGE, Berlin) sowie die Herren Bräutigam (Wohnbau Bonn), Dr. Frey (Immeo Wohnen, Essen) und Hentschel (LEG NRW, Düsseldorf) als erstmalige Teilnehmer einer Plenumsitzung willkommen. Die persönliche Vorstellung der Kollegen erfolgt unter Punkt 15 - Personalien.

In seiner Begrüßung skizziert Herr Basse die derzeitigen europäischen Themen. Hierbei geht er insbesondere auf die finanzielle Haftung der europäischen Staatengemeinschaft, die Quartiersentwicklung als übergreifende, europäische Aufgabe, die Energiesparverordnung, das SEPA-Verfahren sowie die fragmentierte Förderlandschaft der Europäischen Union ein.

### **TOP 2: Begrüßung durch den Vizepräsidenten von Grand Lyon, Maurice Charrier und den Präsidenten der ARRA, Patrice Roland**

Der Vizepräsident der Region Grand Lyon, Herr Charrier, betont in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zielkorridors von Frankreich und Deutschland, da aus seiner Sicht die beiden Nationen schlussendlich über dieselben Probleme verfügen.

So ist u.a. eine humane Wirtschaftsordnung zur Beseitigung von sozialer Ausgrenzung unabdingbar. Überdies präferiert Herr Charrier eine Stadtentwicklungspolitik, die nicht die Stadtkerne primär fokussiert, sondern vielmehr bereits bei den Vororten beginnen muss. Dies setzt auch ganzheitliche Mobilitätskonzepte voraus, die diese Vororte an die großen Stadtzentren wie Paris oder Lyon anbindet. Allerdings ist die Weiterentwicklung der Konzepte noch am Anfang, sodass die weitere Konkretisierung für eine soziale Stadtentwicklung zwingend erforderlich erscheint.

Der Herr Vizepräsident sieht als weitere herausragende Anforderung an die Politik und die Wohnungswirtschaft die Inkludierung der bestehenden Großwohnsiedlungen in die Stadtentwicklungsprozesse. Nur so könne aus seiner Sicht sozialen Spannungsverhältnissen in dieser Siedlungsform frühzeitig begegnet werden.

Herr Basse dankt Maurice Charrier für seine einführenden Worte und betont, dass die hier vertretenen Ansätze von der Arbeitsgemeinschaft großer Wohnungsunternehmen geteilt werden. Die AGW verfolgt dieselben Interessen und weiß, dass die soziale Stabilität Voraussetzung für stabile Quartiere ist.

Patrice Roland begrüßt die Teilnehmer der AGW Plenumstagung auch im Namen des Verbandes der französischen Wohnungswirtschaft. Auch Herr Roland wünscht sich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im europäischen Kontext. Der ARRA Regionalverband und der Verband der baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen haben schon vor 20 Jahren eine Partnerschaft begründet.

Der hiesige Regionalverband der ARRA hat 85 Mitglieder und arbeitet auf der regionalen Ebene mit anderen Verbänden zur Wahrung der wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Interessen zusammen.

Herr Roland betont die Besonderheit des französischen Zentralstaatsprinzips, was zu einer fehlenden Wahrnehmung der regional ausdifferenzierten Stadtentwicklungserfordernisse führt. Die brennenden PKW in den Vororten der französischen Großstädte hat der Staatsregierung in Paris das Erfordernis der sozialen Stadtentwicklung aufgezeigt. Erst darauf folgte die Initiierung einer umfassenden Stadtentwicklungsförderung.

Aus Sicht der ARRA befindet sich die französische Wohnungswirtschaft in einem Umbruch, ähnlich wie ihn auch die deutsche Wohnungswirtschaft bereits durchschritten ist. Der Verband wird den Prozess auch weiterhin aktiv begleiten und gestalten.

Herr Basse dankt Herrn Roland für seine Einordnung und erläutert, dass in Deutschland mit dem Wegfall der Gemeinnützigkeit in der Tat ein erheblicher Wandel in der Wohnungswirtschaft stattgefunden hat. Er sieht ferner in Frankreich und Deutschland dieselben operativen Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Instandhaltungsbedarfe, Gentrifizierung und den sozioökonomischen Wandel der Bevölkerung. Herr Basse konstatiert schlussendlich, dass sich Lyon zweifellos auf einem guten Weg der ganzheitlichen Stadtentwicklung befindet.

### **TOP 3: Genehmigung des Protokolls der AGW-Herbsttagung vom 18.11. - 19.11.2010 in Darmstadt**

Gegen das Protokoll der Herbsttagung 2010 ergeben sich keine Einwendungen – es wird insoweit genehmigt.

## **Wohnungswirtschaft in Europa**

### **TOP 4: Bericht aus Berlin – Axel Gedaschko, Präsident des GdW**

Herr Gedaschko geht in seinem Bericht aus Berlin auf die aktuelle Diskussion zur Kürzung der Städtebauförderung ein. Zur weiteren Positionierung des GdW hat der Verband einen Kongress in Bochum veranstaltet. Als zentrales Ergebnis steht die Verabschiedung der Bochumer-Erklärung, in der die Fortführung der Städtebauinvestitionssummen aus Bundesmitteln in Höhe von 610 Mio. € p.a. gefordert wird.

Ferner befasst sich der GdW mit der strategischen Weiterentwicklung von Großwohnsiedlungen. In diesem Kontext konnte festgestellt werden, dass ca. 5 Mio. Menschen in den großen Siedlungen leben und diese etwa 7,5% des bundesdeutschen Wohnungsbestandes ausmachen.

Mit Blick auf das Klimakonzept der Bundesregierung vom September 2010, haben sich der GdW und andere immobilienwirtschaftliche Verbände zu einem Pakt für Klimaschutz konstituiert. Um die ambitionierten politischen Ziele umzusetzen fordert der GdW:

- Eine Aufstockung der KfW-Mittel auf mindestens 2 Mrd. €
- Eine Mietrechtsreform, welche eine Duldungspflicht für energetische Maßnahmen durch die Mieter und den Ausschluss von Mietminderungen während einer energetischen Modernisierung beinhaltet
- Von einer Verschärfung der EnEV abzusehen und somit die Überlegungen zur EnEV 2012 dahingehend zu überdenken.

Verbunden mit einem Dank an Herrn Gedaschko skizziert Herr Basse einen entscheidenden Zielkonflikt zwischen den derzeit diskutierten politischen Zielen. Auf der einen Seite werden erheblich Investitionen in die Wohnungsbestände gefordert und auf der anderen Seite finanzielle Mittel für diese sowie Stadtentwicklungsmaßnahmen gekürzt.

Der Vortrag von Herrn Gedaschko ist dem Protokoll als Anlage I beigelegt.

#### **TOP 5: Bericht aus Brüssel – Dr. Özgür Öner, Leiter des GdW Büro Brüssel**

Herr Dr. Öner stellt das Brüsseler Büro des GdW kurz vor und berichtet grundsätzlich über die Aufgaben der europäischen Vertretung des GdW, zu denen insbesondere die Interessenvertretung in Fragen der Wirtschafts-, Umwelt-, Klima-, Regional-, Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik gehört. Darüber hinaus plant das Büro in Brüssel die Initiierung einer wohnungswirtschaftlichen Fördermittelberatung auf europäischer Ebene.

Wesentliche inhaltliche Schwerpunkte der derzeitigen Arbeit in Brüssel sind:

- Antidiskriminierungsrichtlinie der EU und deren Umsetzung in Deutschland im Rahmen des AGG
- Beihilferechtliche Auseinandersetzung mit der Wohnbauförderung und der Beibehaltung nationaler Kompetenzen im sozialen Wohnungsbau
- EU-Strukturpolitik nach 2013 zur Fortsetzung und weiterer Akzentuierung des integrierten Stadtentwicklungsansatzes unter Beibehaltung der deutschen Städtebauförderung als Komplementärfinanzierung
- Einflussnahme auf die europäische Energiestrategie und Gebäuderichtlinie
- Möglicher Verzicht auf das SEPA-Verfahren in Deutschland mit Blick auf bereits hohe Sicherheitsstandards in Deutschland und die Operationalisierung in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
- Verträgliche Ausgestaltung von Basel III für die Wohnungswirtschaft zur Verhinderung hoher Finanzierungsmehraufwendungen
- Verhinderung der Anwendung einer EU-Verbraucherschutzrichtlinie auf Immobilien und Neubauten
- Wahrung der GdW Interessen hinsichtlich der Wassereffizienzpolitik der Europäischen Union

Herr Basse dankt Herrn Dr. Öner für seine Ausführungen und betont die Wichtigkeit einer europäischen Interessenvertretung des GdW.

Der Vortrag von Herrn Dr. Öner ist dem Protokoll als Anlage II beigelegt.

#### **TOP 6: Rahmenbedingungen der französischen Wohnungswirtschaft, speziell im Gebiet Rhône-Alpes – Aïcha Mouhaddab, Generaldirektorin ARRA, Jean-Georges Bullion, Generaldirektor von Dynacite, Laurent Ghékière, Direktor der Abteilung Mission Europe der Union Sociale pour l'Habitat**

Frau Mouhaddab erläutert die Besonderheiten des französischen Wohnungsmarktes und geht hierbei insbesondere auf die Struktur sowie die wichtigsten Themen der französischen Wohnungspolitik ein.

Der nationale Verband verfügt über 800 Mitglieder, die zusammen 4,3 Mio. Wohnungen bewirtschaften. Es hat sich eine viersäulige Verbandsstruktur herausgebildet – zum einen öffentliche Unternehmen, private Immobiliengesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und Hypothekenanstalten. Die Gründung erfolgte im Jahr 1901.

Zu den zentralen Bestätigungsfeldern des Verbandes und seiner Mitglieder zählen:

- Ausgestaltung der Neubaubedarfe inklusive eines verbandsübergreifenden Baukostenbenchmankings
- Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung
- Interessenvertretung und Lobbyarbeit für die Mitgliedsunternehmen

Überdies setzt sich der Verband dafür ein, dass nicht die Zentralregierung in Paris die Rahmenbedingungen des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Stadtentwicklung bestimmt, vielmehr muss diese Kompetenz in den Regionen angesiedelt sein.

Zur Förderung der integrierten Stadtentwicklung existieren in Frankreich vier nationale Förderprogramme. Aber schlussendlich ist Wohnungspolitik in Frankreich nicht die Fokussierung der sozialen Entwicklung, sondern vielmehr eine Förderung für die Bauwirtschaft.

Herr Basse dankt Frau Mouhaddab für die Ausführungen und stellt fest, dass Gemeinsamkeiten in den Problemlagen erkennbar sind, auch wenn die Geschäftsmodelle der deutschen und französischen Wohnungsunternehmen deutliche Unterschiede aufweisen.

Der Vortrag von Frau Mouhaddab ist dem Protokoll als Anlage III beigefügt.

**TOP 7: Opportunities in the French residential market – Thierry Beaudemoulin, Vorsitzender der Geschäftsführung, Immeo Wohnen GmbH und Directeur Général der Foncière Développement Logements**

Thierry Beaudemoulin stellt sein Unternehmen vor und beschreibt den französischen Wohnungsmarkt. Er berichtet über ein sehr hohes Mietniveau in den Metropolen, welches sich weiter mit extremen Steigerungsraten entwickelt.

Herr Beaudemoulin sieht den französischen Wohnungsmarkt als Nischenmarkt für Privatinvestoren und geht davon aus, dass auch zukünftig gute Möglichkeiten bestehen werden in mittlere Qualitäten investieren zu können. Dagegen stehen aber auch Risiken, die sich insbesondere aus der makroökonomischen Entwicklung Frankreichs ableiten lassen. Hier sind zum einen die relativ hohe Arbeitslosigkeit sowie überdurchschnittliche Finanzierungskosten zu nennen.

Herr Basse bedankt sich bei dem Referenten für dessen Einschätzungen hinsichtlich des französischen Wohnungsmarktes und betont, dass der französische und der deutsche Markt nicht unbedingt vergleichbar sind. Das durchschnittliche Mietenniveau in Frankreich nimmt derweil für die Querschnittsbevölkerung nicht mehr bezahlbare Ausmaße an. In Deutschland ist dies allerdings auch in den Spitzenlagen zutreffend. Das differenzierende Mietniveau führt augenscheinlich nicht zu anderen betriebswirtschaftlichen Ergebnissen, da sich der Total Return in Frankreich und Deutschland ähnlich ausgestaltet – ebenfalls mit der Tendenz, dass das Segment Wohnen höhere Total Returns erzielt als Gewerbe.

Der Vortrag von Herrn Beaudemoulin ist dem Protokoll als Anlage IV beigefügt.

**TOP 8: Revitalisierung der Großwohnsiedlung mit Altbestand, Modernisierung und Abriss/Neubau – F. Beraud, Direktor der Abteilung Bestandsentwicklung, Grand Lyon Habitat**

Der Leiter der Abteilung Bestandsentwicklung des heimischen Wohnungsunternehmens Grand Lyon Habitat, Herr Beraud erläutert in seinem Vortrag die Modernisierungsstrategie des Unternehmens für die Großwohnsiedlung la Duchère.

Mit erheblichen Investitionen in den Bestand zur Umsetzung von Rückbau-, Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen sowie zur Quartiersentwicklung wird an diesem Beispiel die ganzheitliche Umsetzung einer Inwertsetzungsstrategie für Großwohnsiedlungen illustriert.

Einzelheiten sind dem Vortrag von Herrn Beraud zu entnehmen, der Protokoll als Anlage V beigefügt ist.

**Führung durch die Großwohnsiedlung**

**– Ende des ersten Tagungstages –**

## Konjunkturelle Perspektiven in der Europäischen Union

### **TOP 9: Konjunkturelle und finanzpolitische Perspektiven der Euro-Zone – Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.**

Herr Basse begrüßt Prof. Dr. Christoph Schmidt, stellt den Referenten vor und fragt nach den Einschätzungen hinsichtlich der spezifischen Erwartungen und der Perspektiven für die Euro-Zone sowie der Schlussfolgerungen für Deutschland.

Prof. Dr. Schmidt bescheinigt eine gute wirtschaftliche Verfassung für Deutschland. Historisch betrachtet war die deutsche Industrie meist stark genug, die Krisen der jeweiligen Zeit aus eigener Kraft zu überstehen, auch wenn der Staat in machen Situationen unterstützend eingegriffen hat. Im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum sieht er aber auch ein Europa der drei Geschwindigkeiten:

1. Länder mit fortgeschrittener Erholung (z.B. Deutschland)
2. Länder mit einer deutlich geringeren Dynamik (z.B. Frankreich)
3. Länder mit extrem schwacher Konjunktur (z.B. Griechenland)

Aktuelle Wirtschaftsprognosen zeigen, dass Deutschland voraussichtlich bereits im Jahr 2012 das Vorkrisenniveau erreichen wird, auch weil die Volkswirtschaft der Bundesrepublik nicht nur noch auf die Außenwirtschaft angewiesen ist, sondern sich auch die Binnennachfrage als Wachstumsmotor erweist.

Dieses Wachstum wird auch zur weiteren Stabilisierung des Arbeitsmarktes benötigt. Allerdings wurden durch die deutsche Krisenintervention volkswirtschaftliche Erklärungsmodelle zur Arbeitsmarktentwicklung ausgehebelt. Prof. Schmidt geht davon aus, dass die Wirtschaftskrise eigentlich zu einem Beschäftigungsrückgang in der Größenordnung von 1.000.000 Beschäftigten hätte führen müssen.

Die Entstehung der europäischen Schuldenkrise ist kein ad-hoc Ereignis, sondern vielmehr eine stetige Entwicklung und nach der Bankenkrise und der großen Rezession die dritte Phase der weltweiten Krise. Die Entwicklung der Zinsspreads 10 jähriger Staatsanleihen zeichnet die Entwicklung der europäischen Währungsunion nach, indem zu konstatieren ist, dass die Spreads vor der Einführung der Gemeinschaftswährung äußerst differente Entwicklungen nahmen, um sich dann in 10 Jahren Währungsunion anzupassen und schlussendlich in der Krise wieder auseinander zu driften.

Die Einführung des europäischen Rettungsfonds und die Beschlüsse zu dem Griechenland-Hilfspaket lösen transeuropäische Haftungsmechanismen aus, die zu einer Verletzung der No-Bailout-Klausel europäischer Verträge führen, aber Zeit zur Lösung der Schuldenproblematik schaffen. Allerdings werden durch diese Haftungs- und Rettungssysteme weitere Verschuldungsanreize und somit eine Schuldendynamik in Gang gesetzt. Darüber hinaus führen der destabilisierte Euro und die Staatsschuldenkrise zu der Annahme, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftswährung allein von der Leistungsfähigkeit seiner stärksten Mitglieder abhängt.

Herr Prof. Dr. Schmidt beschreibt schlussendlich ein Glaubwürdigkeitsproblem der europäischen Politik, da die Euro-Krise wesentlich durch Politikversagen bei der Regeltreue zu den Eurostabilitätskriterien ausgelöst worden ist. Es ist festzustellen, dass politische Ankündigungen durch die Öffentlichkeit und die Finanzmärkte nicht mehr ernst genommen werden. Darüber hinaus führt die aufgeweichte Unabhängigkeit der EZB zu einem Vertrauensproblem hinsichtlich der angezeigten Stabilitätsorientierung.

Prof. Schmidt schlägt deshalb vor, die nationale Schuldenbremse zur Voraussetzung für europäische Hilfen und Staatsanleihenkäufe durch die EZB zu machen. Er schließt seine Ausführungen, in dem er ein dunkles Zukunftsbild der Europäischen-Wirtschafts-Union zeichnet. Aus Sicht von Herrn Prof. Dr. Schmidt muss sich die Krise noch weiter verschärfen, damit über nachhaltige Lösungen nachgedacht wird. Solange dies ausbleibt, werden einige Länder Europas ihren Weg zum Staatsbankrott fortsetzen und der Euro nicht nachhaltig sein.

Herr Basse dankt Herrn Prof. Dr. Schmidt für seine kritische Analyse und betont die Wichtigkeit von Glaubwürdigkeit für die Stabilität und Akzeptanz des Systems.

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage VI beigelegt.

#### **TOP 10: Fragen und Diskussion – Moderation: Lutz Basse**

Herr Dr. Frey (Immeo Wohnen, Essen) fragt nach den Folgen eines griechischen Staatsbankrotts. Herr Prof. Dr. Schmidt erläutert daraufhin das Fehlen eines geordneten Insolvenzverfahrens für Staaten. Allerdings müsste Griechenland zur Erreichung einer quasi Insolvenz einen erklärten Schuldenschnitt durchführen, der zu einem Teilausfall griechischer Staatsanleihen führen würde. Der dann eintretende Dominoeffekt insbesondere auf Banken und Versicherungen würde den Handlungsrahmen anderer Staaten definieren.

Herr Basse bemerkt, dass der europäische Sonderweg mit Hilfspaketen und dem Rettungsschirm augenscheinlich nicht honoriert wird. Aus seiner Sicht hätte der Schuldenschnitt bereits am Anfang des Prozesses durchgeführt werden müssen, wie auch in der Vergangenheit z.B. in südamerikanischen Ländern geschehen. Prof. Schmidt bestätigt diese Ansicht grundsätzlich und betont, dass der Schuldenschnitt weder zum Zerschneiden des Euro noch zum endgültigen Kollaps der Finanzmärkte geführt hätte. Selbst die Rückkehr Griechenlands an die Finanzmärkte wäre nicht auszuschließen, auch wenn der Weg weit und steinig wäre.

Frank Bielka (degewo, Berlin) konstatiert einen großen Anteil der Industrie am aktuellen Aufschwung. Allerdings hat Deutschland in der Vergangenheit vermehrt auf Dienstleistungen gesetzt. Ihn würde interessieren, ob der derzeitige Industrietrend nachhaltig ist. Herr Prof. Dr. Schmidt bekräftigt den deutschen Weg, nicht nur auf Dienstleistungen gesetzt zu haben. Der richtige Sektorenmix wird auch zukünftig ausschlaggebender Erfolgsfaktor sein.

### **AGW Intern**

#### **TOP 11: Bericht des Vorstandes – Lutz Basse**

Herr Basse verweist auf den vorab versandten schriftlichen Tätigkeitsbericht. Der Bericht kann bei der Geschäftsstelle ([info@agw-online.de](mailto:info@agw-online.de)) abgerufen werden.

#### **TOP 12: Bericht des Schatzmeisters – Wilfried Wendel**

Zur aktuellen Kassenlage berichtet Herr Wendel, dass das Geschäftsjahr 2010 mit einer Unterdeckung von 17,5 T€ abgeschlossen wird. Der Kassenbestand beträgt dennoch per 31.12.2010 47,1 T€. Durch den für 2011ff. angepassten Mitgliedbeitrag geht der Schatzmeister für das lfd. Jahr von einer leichten Überdeckung aus.

### **TOP 13: Bericht des Kassenprüfers – Christoph Beck**

Der Kassenprüfer testiert eine einwandfreie Kassen- und Buchführung und beantragt dem Vorstand und dem Schatzmeister die Entlastung zu erteilen.

### **TOP 14: Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters**

Der Vorstand und der Schatzmeister werden bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig entlastet.

### **TOP 15: Personalien**

Auf Bitte von Herrn Basse stellen sich nun Stefanie Frensch (HOWOGE, Berlin), Jens Bräutigam (Wohnbau Bonn), Dr. Daniel Frey (Immeo Wohnen, Essen) und Holger Hentschel (LEG NRW, Düsseldorf) als erstmalige Teilnehmer einer AGW-Plenumsitzung persönlich vor.

### **TOP 16: Herbsttagung 24.11 - 25.11.2011 in Köln**

Die Herbsttagung wird sich thematisch mit einem detaillierten Bericht über den AGW-Betriebsvergleich als Instrument der eigenen Standortbestimmung, einem Ansatzpunkt für ein effektives Baukostenbechmarking und den IPO-Vorbereitungen der GSW Berlin befassen. Darüber hinaus gilt es gemeinsam die aktuellen Entwicklungen der europäischen Währungs- und Finanzpolitik einzuwerten.

Die Terminierung der Frühjahrstagung ist ebenfalls erfolgt. Diese wird vom 25.04. - 27.04.2012 in Hamburg stattfinden und sich mit dem Einfluss der internationalen Bauausstellung auf die Quartiersentwicklung beschäftigen. Überdies ist in Hamburg der AGW-Vorstand neu zu wählen.

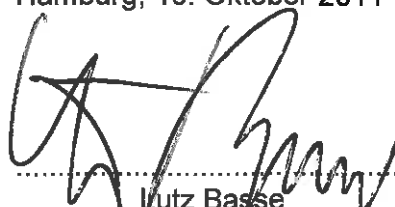
### **TOP 17: Verschiedenes**

Herr Hegel (LEG NRW, Düsseldorf) regt an, zukünftig die gastgebende Stadt noch weiter zu fokussieren um in diesem Kontext mehr über Historie und zukünftige Entwicklungsperspektiven zu erfahren.

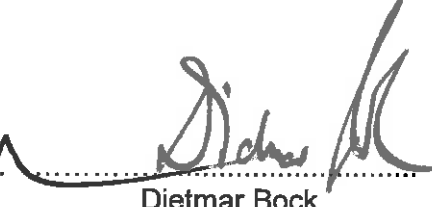
Herr Basse bedankt sich im Namen des Vorstandes sowie des Plenums für die Organisation und schließt die Frühjahrstagung 2011 gegen 12:00 Uhr. Er wünscht allen Teilnehmern eine gute Heimreise.

*Die Vorträge sind in dem internen Bereich von [www.agw-online.de](http://www.agw-online.de) downloadbar. Der Anmeldename ist AGW-Mitglied und das derzeitige Passwort lautet Hafen.*

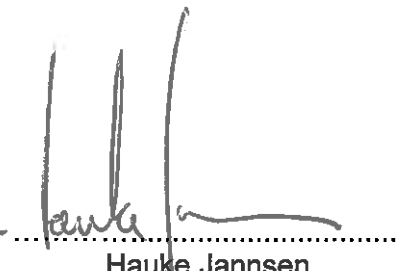
Hamburg, 10. Oktober 2011



Lutz Basse  
- Vorsitzender -



Dietmar Bock  
- Schriftführer -



Hauke Jannsen  
- Protokollführer -